

Sanierung begutachtet

FW-Kreistreffen – Infos von Hubert Aiwanger

Viel hätten sich die Freien Wähler kürzlich für das Kreistreffen in Vilsbiburg vorgenommen. Auf dem Programm standen die Besichtigung der Stadtsanierung, der Hochwasserschutz und das Flußraummanagement sowie das Kunstrasenfeld des TSV. Wegen des regnerischen Wetters beschränkte man sich aber auf die Vilsbrücke, wo Ortsvorsitzender Sebastian Huber alle umliegenden Punkte erklärte.

Hubert Aiwanger legte im Anschluss in der Sportgaststätte die Positionen der Landtagsfraktion zu verschiedenen politischen Themen dar. Außerdem informierte Peter Holbein, Gemeinderat aus Adlkofen, über den Ausbau der B15 neu ab Essenbach.

Als erste Maßnahme der Stadtsanierung in Vilsbiburg beschloss der Stadtrat den Abriss und Neubau der Vilsbrücke, berichtete Sebastian Huber. Die Baumaßnahmen begannen im Februar 2006, die Einweihung war im November desselben Jahres. Da die Brücke noch Teil der B299 war, war das Staatliche Straßenbauamt Landshut der Bauträger.

Viel Zeit und Arbeit wurde in den folgenden zwei Jahren in die Innenstadtsanierung gesteckt. „Die Parkflächen am Stadtplatz wurden verändert und die Fahrbahn verengt“, erklärte der Vorsitzende, „außerdem verzichteten wir auf eine Gehsteigkante“. Mobiles Grün und Sitzgelegenheiten laden zum Verweilen in der Innenstadt ein. Für die Sanierung des Stadtplatzes erhielt Vilsbiburg Geld der Städtebauförderung.

Die Bauarbeiten zur Optimierung des Hochwasserschutzes begannen im April 2006. Zentrale Maßnahme war die Errichtung einer Hochwassermauer. Die Regierung von Niederbayern übernahm hier 65 Pro-



Das Kreistreffen der Freien Wähler fand in Vilsbiburg statt.

zent der Kosten. Für das Kunstrasenspielfeld des TSV gab die Stadt einen Investitionszuschuss, außerdem erbrachte die Fußballabteilung Eigenleistungen.

„Wir sind gegen den Donauausbau Straubing-Vilshofen“, berichtete anschließend Hubert Aiwanger, „der gewaltsame Ausbau schadet der Region“. Auch zur dritten Startbahn am Flughafen München sagen die Freien Wähler ganz klar nein. Aus aktuellem Anlass war Aiwanger die innere Sicherheit ein Anliegen: „Wir müssen die jugendlichen Straftäter vorher an Auflagen binden, nicht hinterher den Sheriff spielen.“ In betreuten Ausbildungs- und Arbeitsplätzen soll den Jugendlichen genauer auf die Finger geschaut werden. Doch dazu sei mehr Personal nötig, in der Justiz und im sozialen Bereich. „Wiederholungstaten müssen gezielt verhindert werden“, forderte der Landtagsabgeordnete.